

Flughafen Wien-Schwechat

1200 Einwendungen gegen 3. Piste



Der Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat beschäftigt Tausende Flugrouten-Anrainer in Wien und NÖ. 14 Bürgerinitiativen beantragen im UVP-Verfahren Parteienstellung

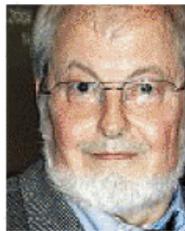
Der Widerstand gegen das Großprojekt ist enorm. 14 Bürgerinitiativen gaben ihre Stellungnahmen ab.

VON BERNHARD ICHNER

Die Einspruchsfrist gegen die geplante dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat ist abgelaufen. Seit Mittwochvor-

mittag steht das vorläufige Ergebnis fest – der KURIER berichtete in Teilen seiner gestrigen Ausgabe: Beim Amt der nö. Landesregierung sind rund 1200 Einwendungen gegen das umstrittene Bauprojekt eingelangt.

Laut Johannes Scheuringer von der Abteilung für Umweltrecht (RU4) haben zehn Umlandgemeinden (darunter Wien), zwei Umweltorganisationen sowie 14 Bürgerinitiativen (BI) aus Wien und NÖ Stellungnahmen abgegeben – zum Beispiel die Antifluglärm-



„In der vorliegenden Form ist das Projekt nicht genehmigungsfähig.“

Johann Hinteregger Fluglärmkritiker

gelung“ und stellen die Unbefangtheit des Landes NÖ als UVP-Behörde infrage.

Auch mit Kritik an der Flughafen-Wien AG wird nicht gespart. Wie berichtet, behaupten die Grünen, die der Umweltverträglichkeitsklärung (UVE) zugrunde liegenden Verkehrsentwicklungsprognosen seien zu niedrig angesetzt worden – was am Flughafen demontiert wird. Rechtsanwältin Susanne Heger von der „BI gegen Fluglärm in Wien-West“ meint in ihrer Stellungnahme, die prognostizierte

Nachfrage nach den Leistungen des Airports werde durch Dumpingpreispolitik selber geschaffen und liege nicht im öffentlichen Interesse.

Deutliche Worte findet Johann Hinteregger, Sprecher der BI Laaerberg: „Die Auswirkungen des Projekts wurden unvollständig erfasst und bewertet. Vieles muss noch ergänzt werden. In dieser Form ist das Projekt nicht genehmigungsfähig.“

INTERNET
www.noel.gv.at
www.fluglaerm.at

gemeinschaft (AFLG), die „ARGE gegen Fluglärm“, die „Plattform gegen die 3. Piste“, die „BI Lärmschutz Laaerberg“ sowie die „BI gegen Fluglärm in Wien West“. Um Parteienstellung zu erlangen, sammelten die Bürgerinitiativen insgesamt 6000 Unterstützungsunterschriften.

Inhaltlich ähneln sich die Stellungnahmen zum Teil sehr. Die Anrainer-Vertreter kritisieren in erster Linie die „gesundheitsgefährdende Belästigung der Menschen durch Fluglärm“, sie fordern „eine optimale Nachtflugre-

► UVP-Verfahren

Unterschriften werden überprüft

Noch steht nicht fest, ob sämtliche Stellungnahmen, die beim Amt der nö. Landesregierung eingelangt sind, gültig sind. Erst muss überprüft werden, ob die Unterstützungsunterschriften tatsächlich von wahlberechtigten Fluglärm-Betroffenen stammen. „Bis zu einem endgültigen Ergebnis dauert es daher noch

ein paar Wochen“, erklärt Scheuringer.

Als Nächstes werden alle (gültigen) Einwendungen von entsprechenden Sachverständigen aufgearbeitet. Mit der Erstellung des Umweltverträglichkeitsgutachtens (das dann wieder öffentlich aufgelegt wird) rechnet man in der RU4 frühestens im ersten Halbjahr 2009.

